

Der Ausschussvorsitzende erklärte nach Rücksprache mit der Antrag stellenden Fraktion, dass im Beschlussvorschlag gemeint sei, wenn sich Varianten 0 und 1 nicht realisieren lassen, dass man sich dann die Alternativen noch einmal anschauen solle. Diese sollen nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Herr Nettesheim von der den Antrag stellenden SPD-Fraktion erläuterte, dass man die Erschließung des Verkehrslandeplatzes Hangelar über die Richthofenstraße geführt haben möchte. Wenn die Prüfung aber ergebe, dass dies nicht realisiert werden kann, sollten erst die anderen Varianten geprüft werden.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion merkte an, dass der Vorsitzende des Rahmenplanungsbeirates anwesend sei und aus den Beiratssitzungen etwas berichten könne. Man habe ihr aber gesagt, dass dies die Verwaltung machen werde. Die CDU habe den SPD-Antrag so verstanden, dass nur die Varianten 0 und 1 gewollt seien und alle anderen nicht.

Herr Knipp von der Verwaltung machte noch einmal das Ziel des Rahmenplanungsbeirates deutlich, nämlich das Herausloten des städtebaulichen Entwicklungspotentials sowie auch die Vorbereitung eines Bebauungsplanes. In der 4. Beiratssitzung sei über die äußere Erschließung gesprochen worden, aber ohne eine Priorisierung vorzunehmen. Es sollten Optionen gesammelt werden. Diese Optionen sollen im Werkstattverfahren zur Diskussion gestellt werden.

Der Ausschussvorsitzende stellte noch einmal heraus, dass die SPD-Fraktion aber die Priorisierung auf die Variante 1 wolle und falls das nicht funktioniere, dann erst weitere Prüfungen vorgenommen werden.

Herr Züll von der FDP-Fraktion erinnerte an den Auftrag des Rahmenplanungsbeirates, nämlich ergebnisoffen zu diskutieren. Ziel sei ein Bebauungsplan. In diesem seien unterschiedliche Varianten zu berücksichtigen. Zum jetzigen Zeitpunkt halte er es vor der Durchführung eines Werkstattverfahrens für nicht optimal, bestimmte Varianten von vornherein auszuschließen. Bis zum Bebauungsplan sollte man sich die Vor- und Nachteile aller Varianten offenhalten.

Herr Bambeck von der CDU-Fraktion stellte fest, dass seiner Ansicht nach der SPD-Antrag nicht miss zu verstehen sei, denn die SPD habe diese Position auch in der Sitzung des Rahmenplanungsbeirates vertreten. Die CDU werde den Antrag ablehnen, weil man möchte, dass erst das städtebauliche Entwicklungspotential erarbeitet wird. Man halte es für verfehlt, zu diesem Zeitpunkt Erschließungslösungen auszuschließen. Man befände sich immer noch im Verfahren der Bestandsaufnahme.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnerte an das Feedback der im Rahmenplanungsbeirat anwesenden Bürger zu den weiteren Varianten. Die weiteren Varianten seien nicht auf Begeisterung gestoßen. Seine Fraktion habe Bedenken, dass mit jedweder Erschließung die Attraktivität des Verkehrslandeplatzes gesteigert wird und sich vermehrt Unternehmen ansiedeln. Dieses führe auch zu vermehrtem Lärm. Sollte man die Erschließung verändern, käme seiner Meinung nach nur die Variante 1 in Betracht.

Herr Knipp erläuterte, dass der nächste Verfahrensschritt in der nichtöffentlichen Sitzungsvorlage nachzulesen sei. Danach sei mit der Bestandsaufnahme ergebnisoffen in das Werkstattverfahren zu gehen.

Auch Herr Nettesheim erinnerte daran, dass man seitens der SPD im Rahmenplanungsbeirat deutlich gemacht habe, dass man die Erschließung über die Bruno-Werntgen-Straße nicht wolle. Sollte sich die Variante 1, nämlich der Anschluss an die Bundesgrenzschutzstraße, realisieren lassen, möchte man die anderen Varianten gar nicht erst geprüft haben.

Herr Metz verwies noch einmal auf das von Herrn Knipp ausgesagte, nämlich dass über die Varianten im weiteren Werkstattverfahren abgestimmt werden solle. Jede Fraktion habe dann im Rahmen dieses Verfahrens die Möglichkeit darauf hinzuweisen, was sie befürworte und was nicht. Man würde zwar dem SPD-Antrag zustimmen, aber im Endeffekt würde das nicht weiterbringen.

Herr Köhler vom Aufbruch! teilte mit, dass seine Fraktion das genauso sehe, wie es die SPD in ihrem Antrag geschrieben habe. Das heißt, dass die Varianten 0 und 1 als einzig realistisch gehalten werden. Man wolle ein offenes Verfahren mit Beteiligung der Bevölkerung. Ein offenes Werkstattverfahren mache aber dann keinen Sinn, wenn vorher Regelungen getroffen werden. Dies solle jetzt nicht getan werden, sondern alle Varianten sollen auf dem Tisch gelassen werden. Daher sei es angeraten, über diesen Antrag heute nicht abzustimmen.

Herr Züll von der FDP-Fraktion wiederholte noch einmal, dass man in ein ergebnisoffenes Verfahren eintreten möchte mit der Prämisse, dass man den Flugplatz im Grundsatz erhalten möchte mit flugplatzaffinen Nutzungen. Daher wolle man mit allen Varianten in das Werkstattverfahren und damit in die Öffentlichkeit gehen.

Herr Metz wies darauf hin, dass in dem Beschlussvorschlag nur stünde, dass man Planungen zurückstelle, aber nicht, dass man sie der Bürgerschaft vorenthalte. Er habe Respekt vor denen, die sagen, man wolle es ergebnisoffen diskutieren. Es gebe aber auch Bestrebungen, den Flugplatz aufzuwerten und den Verkehr über die Varianten abzuwickeln, die hierfür eigentlich nicht in Frage kommen. Damit sei seine Fraktion aber nicht einverstanden.

Frau Feld-Wielpütz meinte, dass man ein offenes Verfahren wolle und nicht von vornherein verschiedene Verfahrensschritte abkürzen möchte, wenn man von vornherein verschiedene Optionen von Varianten nicht möchte. Sie appelliere an die SPD, den Antrag zurückzunehmen.

Nach Abschluss der Diskussion ließ der Ausschussvorsitzende über den Antrag der SPD abstimmen.

6 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Köhler gab nach der Geschäftsordnung eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten:

Ich habe mich bei der Abstimmung enthalten, weil ich einen Konflikt sehe zwischen dem gewählten Verfahren, nämlich einem ergebnisoffenes Werkstattverfahren, aber hier durch den Beschlussvorschlag eine Vorfestlegung stattgefunden hat.